

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 23. November 1962

Blatt 2424

Am Dienstag:

Überreichung des Kinder- und Jugendbuchpreises der Stadt Wien 1962
=====

23. November (RK) Dienstag, den 27. November, 10 Uhr,
wird Bürgermeister Jonas im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses
den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien für 1962 über-
reichen. Bei dem feierlichen Akt wird auch Vizebürgermeister
Mandl sprechen. Hans Christian liest aus den ausgezeichneten
Verken. Bei der Veranstaltung wirkt auch das Streichquartett
des Konservatoriums der Stadt Wien mit.

Gehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, an der Überreichung des Kinder-
und Jugendbuchpreises der Stadt Wien 1962 teilzunehmen. Zugang:
Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, Feststiege I.

- - -

Beginn der Betonierungsarbeiten an der dritten Donaubrücke
=====

23. November (RK) Die dritte Straßenbrücke über den Donau-
strom wird bekanntlich zur Herstellung einer Schnellstraßenver-
bindung zwischen Floridsdorf und den künftigen Donaukanalexpreß-
straßen an der Stelle der alten Nordwestbahnbrücke errichtet.
Die Bauarbeiten sind nun soweit fortgeschritten, daß Anfang
Dezember mit der Betonierung des ersten Bauabschnittes der so-
genannten Flutbrückentragwerke begonnen wird.

Die Flutbrücke wird in Spannbetonbauweise errichtet; sie über-
brückt mit insgesamt 15 Brückenfeldern von je 32 Meter Stütz-
weite das Überschwemmungsgebiet und die neben dem Hubertusdamm
projektierte Donauschnellstraße. Der erste Bauabschnitt umfaßt
zwei Brückenfelder auf der Floridsdorfer Seite.

Gegenwärtig laufen die Werkstattarbeiten für die Stahl-
konstruktion der über den Donaustrom und den Handelskai
führenden Brückenteile. Die im Gange befindlichen Bauarbeiten
an den Brückenpfeilern werden in diesem Winter soweit fertigge-
stellt, daß im März des kommenden Jahres mit der Montage der
Stahltragwerke begonnen werden kann.

- - -

Marktgebühren - kein Anlaß für teure Christbäume
=====

23. November (RK) Einige Wiener Zeitungen berichteten,
daß die Christbäume teurer werden könnten, weil heuer vom
Magistrat höhere Marktgebühren eingehoben werden. Dazu erfährt
die "Rathaus-Korrespondenz" vom Marktamt der Stadt Wien, daß
die Marktgebühren seit 1951 unverändert sind. Es besteht also
kein Anlaß, aus diesem Grund die Christbäume teurer zu ver-
kaufen.

- - -

Ausländische Pressestimmen zur Hodler-Ausstellung
=====Kardinal DDr. König in der Secession

23. November (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien veranstaltete Hodler-Ausstellung findet nicht nur in der österreichischen Publizistik, sondern auch in der ausländischen Presse besondere Beachtung. So schrieb vor wenigen Tagen die Schweizer Tageszeitung "Die Tat", daß der Ausstellung in der Secession die Geltung einer Pionierleistung zukomme, da es sich um die bedeutendste Schau der Werke Hodlers seit der Züricher Ausstellung 1917 und der Berner Exposition 1921 handle. Die "Kieler Nachrichten" sind der Ansicht, daß die Wiener Begegnung mit diesem Maler zur Begegnung mit kennzeichnenden Kräften unseres Jahrhunderts schlechthin wird.

Gestern befand sich unter den vielen Besuchern der Hodler-Ausstellung auch Kardinal Erzbischof DDr. König.

- - -

Die Wiener Stadthalle als Ausstellungsobjekt
=====

23. November (RK) Vor wenigen Tagen fand in Rom der "3. Internationale Kongreß der Organisatoren und Techniker internationaler Kongresse statt, an dem Delegierte aus 28 Staaten teilgenommen haben. Im Rahmen dieses Kongresses wurde auch eine Ausstellung von Kongreßhäusern veranstaltet, in deren Mittelpunkt die Wiener Stadthalle und das Kongreßzentrum - Wiener Hofburg standen. Unter den österreichischen Exponaten war auch Salzburg mit seiner Kongreßhalle vertreten.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

23. November (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek (SPÖ) trat der Wiener Landtag heute vormittag im Rathaus zu einer Sitzung zusammen.

Überprüfung ob Regulierung der Gemeindegehälter gerechtfertigt ist

Die SPÖ-Abgeordneten Weisz, Dr. Stemmer, Bock, Opravil und Genossen haben einen Antrag eingebracht, der dem Personalaus-schuß zur Behandlung zugewiesen wurde. Der Antrag lautet: Der Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe I wird beauftragt, prüfen zu lassen, ob und in welchem Umfang eine Regulierung der Bezüge der Bediensteten der Stadt Wien gerechtfertigt ist.

In der Einleitung zu diesem Antrag der SPÖ wird festge-stellt, daß die Entlohnung der städtischen Bediensteten durch die Besoldungsordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien im Juni 1956 geregelt worden ist. Die dort enthaltenen Gehaltsansätze wurden mit Wirksamkeit vom 1. März 1961 und 1. Jänner 1962 um zusammen zirka neun Prozent erhöht. In der Zwischenzeit ist jedoch die allgemeine Entwicklung auf dem Preis- und Lohnsektor weitergegangen, ohne daß eine entsprechende Regulierung der Bezüge der öffentlich Bediensteten erfolgt ist. Aus diesem Grund haben einige Gebietskörperschaften trotz des Bestehens eines Stillhalteabkommens ihren Bediensteten eine Verbesserung der Bezüge in Aussicht gestellt bzw. Sonderzah-lungen bereits zugestanden.

Die Verwaltung der Stadt Wien und im besonderen die Sozialistische Fraktion des Wiener Landtages, die sich ihrer Mitverantwortung für eine Stabilisierung des Preis- und Lohnge-füges bewußt sind, haben es mit Absicht vermieden, während der Dauer dieses Stillhalteabkommens Bezugsregulierungen vorzu-nehmen. Die Antragsteller halten es jedoch für notwendig, nach Ablauf des Stillhalteabkommens auch die Bezüge der Bediensteten der Stadt Wien an die allgemeine Entwicklung auf dem Preis- und Lohnsektor anzupassen.

Ein neuer Bundesrat

Bundesrat Franz Gabriele (ÖVP) hat sein Mandat wegen seiner Berufung in den Nationalrat zurückgelegt. An seiner Stelle wählte der Wiener Landtag mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP den bisherigen Wiener Landtagsabgeordneten Karl Titze (ÖVP) zum Bundesrat. Ebenso wurde die Reihung der Bundesräte gebilligt; der neue Bundesrat nimmt die elfte Stelle ein.

Ersatzleistungen während des Karenzurlaubes

Stadtrat Riener (SPÖ) referierte hierauf über ein Gesetz, mit dem das "Gesetz über Ersatzleistungen an öffentlich-rechtliche Bedienstete der Stadt Wien während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft" abgeändert wird. Es handelt sich dabei um eine Angleichung an die Bestimmungen des entsprechenden Bundesgesetzes. Der Entwurf stellt sicher, daß Ersatzleistungen auch gewährt werden, wenn das Dienstverhältnis während des Karenzurlaubes aufgelöst wird.

Abg. Maller (KLS) erklärt, daß die Vorlage dem im September von seiner Fraktion zum Ausdruck gebrachten Wunsch entspricht. Er begrüßt die Regelung, bedauert allerdings, daß es erst eines Hinweises bedurfte und die Regelung nicht schon im Juli erfolgt ist. Der Redner unterbreitet eine Reihe weiterer Wünsche, so nach Einrechenbarkeit des Karenzurlaubes in die Dienstzeit, auf Erhöhung der Ersatzleistung bzw. Festsetzung einer einheitlichen Ersatzleistung. Schließlich erhebt Abgeordneter Maller die Forderung auf eine, rückwirkend ab 1. September zu gewährende, monatliche Belastungszulage für Gemeindebedienstete.

Abg. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) hebt hervor, wie wichtig es sei, daß die Mutter in der Familie bleibt und daß sie besonders in den ersten Lebensjahren um das Kind sein kann. Die so bedeutungsvolle Nestatmosphäre kann eigentlich fast nur die Mutter geben. Bei der Durchführung des Gesetzes haben sich Lücken ergeben. Eine besondere Härte war es, daß eine Dienstentsagung nur vor dem Karenzurlaub, nicht aber während des Karenzurlaubes möglich war.

Denn manche Mutter bekommt, wenn sie einige Monate mit ihrem Kind beisammen ist, eine ganz andere Einstellung zur Familie, es können sich aber auch Veränderungen in den Familienverhältnissen ergeben. Daher ist die Regelung, daß eine Dienstentsagung auch während des Karenzurlaubes möglich ist, besonders wichtig. Jene Mütter, denen auf Grund der bisherigen Bestimmungen die Ersatzleistung eingestellt wurde und die sie nun nachgezahlt erhalten, haben sozusagen unfreiwillig gespart. Es war daher nicht unangebracht, daß meine Fraktion in der letzten Gemeinderatssitzung mit einem Antrag an diese Novelle erinnert hat. Der Antrag wurde von der Mehrheitsfraktion niedergestimmt, er wurde dann vom Magistrat als Gesetzesvorlage aufgenommen und eingebracht. Möge noch vielen unserer Anträge dasselbe Schicksal widerfahren.

Stadtrat Riemer erklärt in seinem Schlußwort, daß tatsächlich in einigen Fällen, wo es gesetzlich nicht gedeckt war, die Zahlung des Karenzgeldes eingestellt wurde. Dadurch sind diese Mängel des Gesetzes bekanntgeworden. Diese Frauen bekommen aber das Geld nachgezahlt, es wird niemand geschädigt.

Gegenüber dem Abg. Maller erklärt der Referent, daß es nicht erst eines Hinweises bedurfte, sondern daß der Magistrat die Materie auf Grund der praktischen Erfahrungen von sich aus bearbeitet hat. Die vorgebrachten Wünsche sind nicht so dringend und können nur bundeseinheitlich behandelt werden.

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Blindenbeihilfe - vierzehnmal jährlich

Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) referiert sodann einen Gesetzentwurf über die Änderung des Blindenbeihilfengesetzes. Diese Änderung sieht die Einführung eines zusätzlichen 14. Monatsbezuges an Blindenbeihilfe vor, der erstmals im Juni 1963 ausbezahlt werden soll. Die Blinden werden also künftig ebenso wie die Pensionisten nach dem ASVG und die Dauerbefürsorgten 14 Monatsbezüge erhalten.

Abg. Lauscher (KLS) begrüßte die Gewährung eines 14. Monatsbezuges, stellte aber fest, daß noch viel geschehen müßte, um das Los der Blinden zu erleichtern. Die Blindenbeihilfe habe leider mit der zunehmenden Teuerung und den erhöhten Lebenshaltungskosten nicht Schritt gehalten.

Es sei auch unverständlich, daß man noch immer an einer Einkommensgrenze für den Bezug der Blindenbeihilfe festhält. Man dürfte hier nicht eine einheitliche Bundesregelung abwarten, sondern müßte für Wien den Wegfall der Einkommensgrenze beschließen. Den Blinden müßte auch zugestanden werden, die städtischen Verkehrsmittel einschließlich Autobusse an allen Wochentagen frei benutzen zu können.

Stadtrat Maria Jacobi erklärte im Schlußwort, man dürfe die Blindenbeihilfe nicht mit den Pensionen und Fürsorgeunterstützungen vergleichen, da mit den letztgenannten der Lebensunterhalt bestritten werden müßte. Die Blindenbeihilfen werden jedoch gegeben, um den Blinden eine Hilfe zu ermöglichen. Die Sozialreferenten der Bundesländer haben sich mit der Frage eines Rehabilitationsgesetzes beschäftigt und gestern einen endgültigen Entwurf fertiggestellt, über den jetzt die Länder beraten sollen. Hier wird die Frage zu lösen sein, ob die Blinden in das Rehabilitationsgesetz eingebaut werden sollen oder nicht. Die Gemeinderäte werden also Gelegenheit haben, dieses Problem zu diskutieren. Über die Frage der Fahrkarten könne nicht der Landtag entscheiden; darauf wird der Wiener Gemeinderat zurückkommen müssen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ein Auslieferungsbegehren

Der 3. Punkt der Tagesordnung ist das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dkfm. Dr. Erich Ebert (ÖVP) wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre. Abgeordneter Dr. Freytag (ÖVP) berichtete, daß Ebert zum Liquidator der Siedlungsgenossenschaft "Kosmos" bestellt wurde. Es kam bei diesem Verein zu unliebsamen Vorfällen, durch die eine Reihe von Menschen bedroht waren ihr Geld zu verlieren. Der Verein hatte sich entschlossen, zur Liquidierung an einen Abgeordneten heranzutreten. Die Wahl fiel auf Dr. Ebert. Anlässlich einer Versammlung, bei der es sehr lebhaft zuging, machte Dr. Ebert folgende Äußerung: Ich muß daher annehmen, daß auch Sie zu jenen gehören, die die Kosmos in den Abgrund führten! Diese Worte waren

an einen Privatkläger gerichtet. Das Immunitätskollegium hat über das Auslieferungsbegehren beraten und ist zu der Ansicht gekommen, dem Auslieferungsbegehren nicht stattzugeben.

Bei der Abstimmung wurde das Auslieferungsbegehren ein-
stimmig abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Konzert im Volksbildungshaus Margareten
=====

23. November (RK) Alexander Jenner gibt Samstag, den 24. November, um 19.30 Uhr, im Volksbildungshaus Margareten, 5, Stöbergasse 11-15, einen Klavierabend. Dieses Konzert findet im Rahmen jener Veranstaltungsfolge statt, mit der die Wiener Volksbildungsstätten gemeinsam mit dem Kulturamt der Stadt Wien für die Verbreitung gediegener Musik in breiten Bevölkerungskreisen Sorge tragen. Diesmal stehen Werke von Scarlatti, Schubert, Brahms, Chopin, Ravel und Liszt auf dem Programm.

Der Pianist Alexander Jenner, der an der Wiener Akademie für Musik bei den Professoren Weingarten, Seidlhofer und Hauser studiert hat, ~~ist durch~~ zahlreiche Konzertreisen in Europa und Übersee allgemein bekannt geworden. Der Künstler erhielt 1949 den Bösendorfer-Preis und errang später hohe Auszeichnungen bei Musikwettbewerben, darunter den 1. Preis des internationalen Wettbewerbes in Rio de Janeiro.

- - -

Ergebnis des internationalen Wettbewerbes "Das touristische Buch"

=====

Eine Fülle hervorragender Werke

23. November (RK) Die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien hat bekanntlich für dieses Jahr den internationalen Wettbewerb "Das touristische Buch" ausgeschrieben. Es wurden die Verlegerverbände aller Nationen eingeladen. Von 163 Verlagen aus 25 europäischen und überseeischen Ländern wurden nicht weniger als 674 Bücher eingereicht. Die eingesandten Werke wurden von einer Jury gesichtet, der unter Vorsitz von Vizebürgermeister Mandl prominente Schriftsteller, Journalisten, Druck- und Papierfachleute und Fremdenverkehrsspezialisten angehören.

Heute fand die Abschlusssitzung der Jury statt. Ursprünglich waren drei internationale Preise vorgesehen, und zwar für den besten Text, für die beste Illustration und für die beste Herstellung. Außerdem war eine Ehrenliste vorgesehen. Da wegen der schwierigen Vergleichbarkeit die typischen Reiseführer zu kurz gekommen wären, hat die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien auf Empfehlung der Jury zusätzlich drei Ehrenpreise für Verlage mit den besten Reiseführern und eine weitere Ehrenliste gestiftet.

Nun die Ergebnisse:

Allgemeine Wertung:

1. Ehrenpreis für den besten Text:

Eckart Peterich für "Italien", Prestel-Verlag, München

2. Ehrenpreis für die beste Illustration:

Willy Ronis für die Illustration des Buches "Paris", Verlag Arthaud, Grenoble

3. Ehrenpreis für die beste Herstellung:

Verlag Arthaud, Grenoble, für die beiden Bücher "Merveilles de France" und "Splendeurs de l'Espagne".

Ehrenliste:

AB Allhem, Malmö, für P. Nilsson-Tannér: "Jämtland"; Verlag Arthaud, Grenoble, für E. Suseni: "Autriche"; Econ-Verlag, Düsseldorf, für J. Prévert: "Farbiges Paris"; Fretz & Wasmuth Verlag, Zürich, für O. Pfeifer: "Cote d'Azur" und L. von Matt: "Italien und die Italiener"; Urs Graf-Verlag, Olten, für G. Schuh: "Tessin";

Verlag für Jugend und Volk, Wien, für L.C. Friedlaender: "Wien";
Verlag Odé, Paris, für D. Ogrizer: "Le Japon"; Schnell & Steiner, München, für W. Hausenstein: "Besinnliche Wanderfahrten"; Schroll & Co. Verlag, Wien, für S. Dimitriou: "Griechenland"; Editions Sequoia, Brüssel, für U. Vallance: "Visages de Paris"; Ullstein-Verlag, Wien, für G. Gerster: "Sahara".

Sondergruppe Reiseführer:

Ehrenpreise:

Michelin, Durin & Cie, Paris, für

"Guide Autriche" (deutsch),

"Guide Autriche" (englisch),

"Guide Autriche" (französisch) und

"Guide 'Schlösser an der Loire"

Residenz-Verlag, Salzburg, für

"Land und Stadt Salzburg" und

Lindt: "Tischlein deck dich in Salzburg"

Verbandsdruckerei AG, Bern, für

"Die Schweiz".

Ehrenliste:

Karl Baedeker, Freiburg im Breisgau, für Baedeker's "Nordbayern/Ostbayern" und Baedekers "Tyrol and Salzburg, The Austrian Alps";
Baedeker's Autoführer Verlag, Stuttgart, für Baedeker's "Autoreiseführer Österreich"; C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh, für P. Klahn: "Urlaub in Italien", H. Messerschmidt: "Autobahnführer", E. Landgrebe: "Urlaub in Österreich" und E. Schwarz: "Urlaub in den deutschen Alpen"; Denzel-Autoführer Verlag, Innsbruck, für Eduard Denzel: "Dolomiten-Autoführer" und "Alpenstraßenführer";
Ernest Flammarion, Paris, für "Guide Baedeker Espagne et Portugal";
Fodor's Modern Guides, Inc., New York, für "Guide to the Caribbean, Bahamas and Bermudas 1962", "Guide to Japan and East Asia 1962" und "Jet age Guide to Europe 1962"; Japan Travel Bureau, Tokyo, für Japan: "The official Guide"; J.B. Lippincott Comp., Philadelphia, für H.S. Olson: "Aboard and Abroad 1962"; Philipp Reclam jun., Stuttgart, für Reclams Kunstführer - II. Auflage: "Band IV: Niedersachsen, Hansestädte, Schleswig-Holstein, Hessen" und "Band I: Wien, Ober- und Niederösterreich, Burgenland"; Safari-Verlag,

Berlin, für Müller-Alfeld: Europa Buch I: "Österreich, Schweiz, Ober-Italien, Südfrankreich", Müller Alfeld: Europa Buch II: "Italien mit Sizilien und Sardinien, Jugoslawien, Griechenland", Müller-Alfeld: Europa-Buch III: "Südfrankreich, Spanien, Portugal mit Korsika und den Balearen", Müller Alfeld: Europa-Buch IV: "Nordfrankreich mit Paris, Belgien, Niederlande, Luxemburg" und Müller-Alfeld: "Das deutsche Reisebuch"; Tyrolia, Innsbruck, für E. Egg: "Von Augsburg nach Verona".

Wann die Preisverteilung stattfindet und wo die Bücher ausgestellt werden, steht augenblicklich noch nicht fest. Die Termine werden noch rechtzeitig mitgeteilt.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

Im Anschluß an den Wiener Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Sitzung zusammen.

Es lagen zwei Anfragen der FPÖ vor. Ein Antrag wurde von Gemeinderäten der KLS, betreffend die Anbringung einer Verkehrstafel in der Wagramer Straße, eingebracht. Drei weitere Anträge sind von Gemeinderäten der ÖVP. Diese betreffen die Abänderung einer Arbeitsordnung wegen Gesetzwidrigkeit, die Unterweisung in Verkehrsvorschriften in allen Pensionistenklubs und Altersheimen und die Einführung einer Aktion zur raschen Erkennung **schadhafter** Stellen in den Gasleitungen.

100 Millionen - Berufsschulgebäude für Textil

Vizebürgermeister Mandl (SPÖ) referierte sodann über die Errichtung des 3. Zentralberufsschulgebäudes in der Längenfeldgasse in Meidling. Mit der Errichtung dieses Hauses wird ein weiterer erfreulicher Schritt in der Neuordnung des Wiener Berufsschulwesens getan. In dem geplanten Gebäude sollen die textilverarbeitenden Gewerbe mit ihren vielfältigen Gewerbegruppen untergebracht werden. Es war schwierig, die Vielfalt dieser Gewerbe, zu denen u. a. die Schneider, Wäschenäher, Miedermacher, Stricker, Schirmmacher, Federnschmuckerzeuger, Kürschner, Spielzeughersteller, Kappenmacher und viele andere gehören, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Bei all diesen Gruppen ist es auch sehr schwer vorauszusehen, wie sie sich in den nächsten Jahren entwickeln werden. Es waren viele Verhandlungen zwischen den Direktoren der einzelnen Schulen und dem Stadtschulrat notwendig, um zu einer guten Lösung zu kommen. Derzeit sind die Schüler dieser Sparten in fünf alten Schulgebäuden untergebracht, die über ganz Wien verstreut sind. Das Gelände für das 3. Zentralberufsschulgebäude, das 27.500 Quadratmeter umfaßt, liegt sehr günstig.

Der Schulkomplex besteht aus vier großen Teilen, nämlich aus dem Schulgebäude selbst, aus dem Verwaltungstrakt, einen Komplex, der den Turn- und Festsaal umfaßt, und den Pausenhof, Pausengarten und die Sportanlage. Die Kosten werden mit rund 100 Millionen Schilling geschätzt.

GR. Walzer (ÖVP) gibt seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß sich die Gemeinde Wien zum Bau des 3. Zentralberufsschulgebäudes entschlossen hat. Wenn Bürgermeister Jonas erst vor kurzem anläßlich der Eröffnung der Berufsschule für Friseure in seinem Rechenschaftsbericht über den Aufbau unseres Berufsschulwesens die Summe von 410 Millionen Schilling genannt hatte, die die Gemeinde Wien seit 1945 für die Berufsschulen ausgegeben hat, erklärte Gemeinderat Walzer, dann ist dies Grund genug, eine solche imposante Leistung voll anzuerkennen. Er stellt fest, daß der größte Teil unserer Berufsschulen sehr gut untergebracht ist und daß die Gemeinde Wien jederzeit für die Ausstattung unserer Berufsschulen größtes Verständnis aufgebracht hat. Dennoch ist er der Meinung, man sollte in Zukunft etwas unternehmen, um auch die kaufmännischen Berufsschulen, die gegenwärtig von 12.000 Schülern besucht werden, besser unterzubringen. Er regt an, sich bereits jetzt mit der Frage der Errichtung eines modernen Schulobjektes für Lehrlinge im Handel zu beschäftigen, umso mehr, da der derzeitige Standort der kaufmännischen Berufsschule im 20. Bezirk sehr ungünstig liegt. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion dem Antrag zur Errichtung des 3. Zentralberufsschulgebäudes in Meidling mit Freude zustimmen wird.

GR. Pfösch (SPÖ) begrüßt gleichfalls diesen Antrag. In einem Rückblick auf die Entwicklung des Berufsschulwesens in Wien seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts unterstreicht er die Bedeutung dieser Schulen. Der Eröffnung des 1. Zentralberufsschulgebäudes in der Mollardgasse im Jahre 1908 folgte 1926 die Errichtung des 2. Zentralberufsschulgebäudes für die Holzverarbeitenden Gewerbebranche. Der Bau des 3. Zentralberufsschulgebäudes in Meidling wird nun die Unterbringung der Textilverarbeitenden Branchen unter einem Dach ermöglichen und zweifelsohne zu einer noch besseren Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses beitragen.

Den Bau bezeichnet er daher als einen großen Fortschritt und wünscht für seine Durchführung ein gutes Gelingen.

Vizebürgermeister Mandl untersucht in seinem Schlußwort, welche Gruppen von Berufsschulen geeignet sind, in großen Objekten untergebracht zu werden und welche nicht. Gewiß wäre es wünschenswert und vorteilhaft, sagte er, auch die kaufmännischen Berufe in einem Schulhaus zu konzentrieren. Im Hinblick auf die Integration Europas und die Notwendigkeit einer gründlichen Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses in den Textilbranchen hat man sich vorerst für den Bau eines Zentralberufsschulgebäudes für diese gewerblichen Zweige entschlossen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Neues Jugendhaus der Stadt Wien in Margareten

GR. Liwanec (SPÖ) berichtet sodann über die Errichtung eines Jugendhauses der Stadt Wien in der Theodor Körner-Wohnhausanlage beim Matzleinsdorfer Platz. Die Pläne hiezu wurden von der Architektengemeinschaft Friedrich Schloßberg, Hans Paar und Ceno Kosak ausgearbeitet. Die Baukosten werden schätzungsweise 4,490.000 Schilling betragen. Der Referent verweist darauf, daß von der Stadt Wien bereits zwei solche Jugendhäuser errichtet wurden, und zwar im 3. und im 8. Bezirk. Der Hauptzweck dieser Jugendhäuser - wie der Berichterstatter hervorhebt - ist, der Jugend eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen.

GR. Lanc (SPÖ) erinnert daran, daß dieses Grundstück nächst dem Matzleinsdorfer Platz ursprünglich für volksbildnerische Zwecke vorgesehen war, daß sich aber bei späteren Erwägungen die Errichtung eines Jugendzentrums mitten in der großen städtischen Wohnhausanlage als sinnvoller und zweckmäßiger erwiesen habe. Er stellt fest, daß es sich hier um den ersten Neubau dieser Art handelt und daß bei der Projektierung bereits die Erfahrungen zweier bestehender Jugendhäuser der Stadt Wien vorlagen und benützt werden konnten. Er tritt Meinungen entgegen, daß es sich hier um Fehlplanungen handeln könnte und hebt hervor, daß die Rentabilität einer solchen Einrichtung vor allem in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung liege. Aus diesem Grund begrüßt er diesen Antrag.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Ausbau der Linken Wienzeile beschlossen

StR. Heller (SPÖ) referierte einen Antrag auf grundsätzliche Genehmigung des Ausbaues der Linken Wienzeile von der Eggerthgasse bis zur Winckelmannstraße im 6. und 15. Bezirk. Man hoffe, daß die Autobahn doch einmal in absehbarer Zeit nach Wien hereingeführt werden wird, sodaß ein weiterer Ausbau jener Straßenzüge nötig ist, die den Verkehr von der Autobahn nach Wien hereinbringen sollen. Die Linke Wienzeile wird durchgehend auf zehn Meter verbreitert. Die voraussichtlichen Gesamtkosten des Ausbaues betragen 20 Millionen Schilling. Der grundsätzliche Beschluß ist deshalb notwendig, weil eine Reihe von Grundfreimachungen im Zusammenhang mit dem Projekt stehen.

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) verwies darauf, daß zum erstenmal ein grundlegender Neuausbau eines Straßenzuges erfolgt. Er nahm in diesem Zusammenhang zu einer Reihe von Problemen Stellung, die sich dabei ergeben. Große Bedeutung wird das zukünftige Verkehrskreuz Wiental-Gürtel haben. Der Redner regt an, im Zusammenhang mit der Sanierung dieses Gebietes eine Aufbaugemeinschaft zu schaffen, die alle Interessen auf ein gemeinsames wirtschaftliches Ziel hinleitet.

Die Kreuzung Wiental-Meidlinger Hauptstraße wird voraussichtlich einen Umbau ähnlich der Hietzinger Brücke erfordern. Besondere Probleme ergeben sich beim Umbau der Rechten Wienzeile.

Schließlich verwies der Redner auf das Projekt Karlsplatz, das ebenfalls im Zusammenhang mit den Wientalstraßen steht. Er bedauerte, daß durch Streichungen des Finanzreferenten der Umbau des Karlsplatzes verzögert werden könnte und verlangt eine Koordinierung aller Planungsmaßnahmen. Der Redner stellt den Antrag, die geplanten Verkehrsmaßnahmen mögen daraufhin überprüft werden, ob sie im Zusammenhang mit den bereits aufgetretenen Schwierigkeiten und dem ständig steigenden Verkehr geeignet sind, eine befriedigende Situation für den Individual- und Massenerverkehr - vor allem innerhalb des Gürtels - zu schaffen. Wir nähern uns den kritischen Grenzen bereits in einem beträchtlichem Maß, wie der Zusammenbruch des Verkehrs in der Zeit vor Allerheiligen bewiesen hat.

Die Aufwärtsentwicklung des Verkehrs ist jedoch ein durchaus erfreuliches Zeichen für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung unserer Stadt. Die Verkehrsprobleme sollen daher von uns allen in einem Sinn gelöst werden, schloß der Redner, der zu einer harmonischen Verkehrsentwicklung in unserer Stadt führt.

GR. Dipl.-Ing. Witzmann (SPÖ) vertrat die Ansicht, daß die verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden städtebaulichen Geschäftsstücke nur scheinbar in keinem Zusammenhang stehen, daß sie aber in Wirklichkeit in das große Konzept passen, daß sie Steine eines Mosaiks sind, vielleicht in diesem Stadium schon Grund- oder Schlußsteine, die dieses Mosaik in den nächsten zwei Jahren harmonisch gestalten werden. Der Redner gab einen detaillierten Einblick in das große Wiener Straßen- und Brückenbaukonzept, wobei er unter anderem darauf verwies, daß durch eine Zusammenlegung von Straßenzügen am linken Wienflußufer rechts eine Verbreiterung möglich sein wird, sodaß auch die Nachmarkt-Funktion in einem gewissen Umfang erhalten bleiben wird; er hob auch hervor, daß die vorgesehenen Verkehrslösungen nicht nur eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssituation erzielen werden, sondern daß auch der Wohnwert von Gegenden, durch die der Verkehr jetzt besonders stark flutet, wesentlich steigen wird. Die Planung zeigt, daß alles in einem Zusammenhang steht, sie ist Ausdruck eines großen Straßenbaukonzeptes.

In dieser Funktionsperiode des Gemeinderates wurde auf diesem Gebiet sehr viel geleistet. In diesen vier Jahren werden für Brücken- und Straßenbauten 1.351 Millionen Schilling ausgegeben, davon nur 17 Prozent für die Instandhaltung und 83 Prozent für Neubauten. Es wurde also schon etwas erreicht. Mit diesem System von Tangentialstraßen soll der Verkehr von der erweiterten City ferngehalten werden. Dadurch werden nicht nur die Wohnverhältnisse verbessert, sondern **wird auch verhindert**, daß die Wirtschaft in diesem Gebiet verdorrt. Durch diese großzügigen Lösungen von Kreuzungen und Verkehrssystemen wurde aber auch wertvolles Leben erhalten. Ein Vergleich der beiden ersten Halbjahre 1960 und 1961 zeigt, daß die Unfallhäufigkeit um 28 Prozent gesunken ist. Und was besonders erfreulich ist: die tödlichen Unfälle sind um 39 Prozent gesunken. Das bedeutet,

daß sozusagen 50 Menschen ihrer Familie, ihrem Beruf, ihren Freunden erhalten geblieben sind. Wir müssen allen Funktionären dieser Stadt - den politischen wie den beamteten - dankbar sein für ihr großzügiges Konzept und die Bereitstellung der Mittel, die die Möglichkeit für diese Verkehrslösungen geschaffen haben.

Nach Schluß der Debatte nimmt Stadtrat Heller zu den aufgeworfenen Fragen Stellung und teilt mit, daß für das Kreuzungsbauwerk Wientalstraße-Gürtel bereits drei verschiedene Varianten vorliegen, die nunmehr von den Fachdienststellen eingehend geprüft werden. Im Zuge des Ausbaues dieses Straßenzuges und der Kreuzungen wird es auch notwendig sein, die umliegenden Gebiete umzuplanen und durch neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne städtebaulich aufzuwerten. Dabei könnte ein Kommassierungsgesetz wesentlich helfen. Eine weit größere Hilfe aber würde die endliche Verabschiedung eines Assanierungsgesetzes bringen. Auch bezüglich des Ausbaues der Rechten Wienzeile werden bereits die notwendigen Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet. Es besteht die Absicht, das gleiche, was am linken Wientalufer getan wird, auch am rechten Wientalufer durchzuführen. Nur sind dort die Schwierigkeiten hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse bei den dortigen Liegenschaften noch beträchtlich groß. Wir sollten den neuen Nationalrat und die Bundesregierung in Kürze mit allem Nachdruck daran erinnern, daß der Bund auch in Wien Aufgaben zu erfüllen hat, damit der Ausbau des planmäßig fertigen Projektes einer Autobahneinführung vom Auhof bis zum Gürtel vielleicht doch in Angriff genommen werden kann. Wir würden uns dann sehr große Schwierigkeiten und gewaltige Kosten beim endgültigen Ausbau der rechts des Wientals gelegenen Begleitstraße ersparen können.

Hinsichtlich der Neugestaltung des Karlsplatzes und der Verlegung der Stadtbahnstation erklärte der Referent, daß über Wunsch des Finanzreferenten noch einmal überprüft wird, ob bei der Detailplanung Kosteneinsparungen möglich sind. Der Wiener Gemeinderat wird die Möglichkeit haben, sich in einer seiner nächsten Sitzungen damit zu beschäftigen, und dann gesondert den notwendigen Beschluß über die Beistellung der notwendigen Mittel für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle auf dem Karlsplatz

fassen können, sodaß ein Aufschub der Bauarbeiten um ein Jahr nicht notwendig werden wird.

Schließlich erklärte Stadtrat Heller, daß der von Gemeinderäten der ÖVP eingebrachte Resolutionsantrag eigentlich eine Selbstverständlichkeit verlangt; man sollte sich bei der Lösung der Verkehrsprobleme in unserer Stadt wirklich nur nach sachlichen Gesichtspunkten richten und keine Anträge aus parteipolitischen Erwägungen stellen. Daß die geplanten Verkehrsmaßnahmen immer darauf geprüft werden, ob sie Verbesserungen und befriedigende Lösungen schaffen, ist doch eine Selbstverständlichkeit, dazu bedarf es keiner Aufforderung. Um aber alle Möglichkeiten auszuschöpfen, beantragte der Referent die Zuweisung des Antrages an den zuständigen Ausschuß.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen und der Resolutionsantrag ebenfalls einhellig dem Ausschuß zugewiesen.

Umbau der Erzherzog Karl-Straße

Stadtrat Heller (SPÖ) referierte sodann einen Antrag auf Umbau der Erzherzog Karl-Straße zwischen Wagramer Straße und Genochplatz. Der Umbau, vor allem die Unterführung unter die Ostbahn, haben den Gemeinderat schon einige Male beschäftigt. Nach dem Ausbau der Hafenzufahrtsstraße und der Errichtung einer Abfahrtsrampe von der Reichsbrücke mußten vorerst einmal die Auswirkungen des Verkehrs auf den Straßenzug der Erzherzog Karl-Straße abgewartet werden. Nachdem wir nun auch wissen, daß durch die Errichtung der Montagebauwohnungen in diesem Gebiet in den nächsten Jahren 4.000 bis 4.500 Wohnungen errichtet werden, ist der Umbau der Erzherzog Karl-Straße, wobei auch eine Unterführung unter der Ostbahn vorgesehen ist, notwendig geworden. Die Straßenbahn soll in die Straßenmitte verlegt werden. Man ist bemüht, beide Baumreihen zu erhalten, wenn es der Verkehr in Zukunft jedoch erfordert, wird vielleicht eine Baumreihe beseitigt werden müssen, um die notwendige Fahrbahnbreite zu erreichen. Die Kosten werden auf rund 35 Millionen Schilling geschätzt..

./.

GR. Hausner (KLS) begrüßte den vorliegenden Antrag, der einer langjährigen Forderung seiner Fraktion endlich Rechnung trage. Er regt jedoch an, die Straßenbahnlinie 16 nicht nur bis zur Hartlebengasse zu führen, sondern im Interesse der Bevölkerung weiter bis nach Aspern. Es müßte endlich für die Bevölkerung des 22. Bezirkes eine bessere Verkehrssituation geschaffen werden.

GR. Dr. Bohmann (SFÖ) bezeichnete die Erzherzog Karl-Straße als eine der frequentiertesten Straßen des Bezirkes. Durch ihren Ausbau werde das gesamte Verkehrssystem in entscheidendem Maße verbessert. Heute hat dieser große Bezirk nur drei Straßbahnlinien, die den Massenverkehr zu bewältigen haben. Der großzügige Ausbau der Erzherzog Karl-Straße ist die Voraussetzung für eine bessere Gestaltung der Linienführung. Die Bewohner von Aspern, Essling und Groß-Enzersdorf, die heute über Kagran in die Stadt fahren, werden dann die Möglichkeit haben, diese auf dem kürzesten Wege zu erreichen. Der Redner hofft, es möge der Stadtverwaltung gelingen, sowohl für die neuen Siedlungsgebiete des 22. Bezirkes, wie für die bereits seit langem verbauten Gebiete gute Verkehrsbedingungen zu schaffen. Bedauerlich sei jedoch, daß der Stadtverwaltung bei der Freimachung der Grundstücke, die zum Ausbau der Erzherzog Karl-Straße benötigt werden, vielfach große Schwierigkeiten gemacht werden. Die Ablöseforderungen seien über Gebühr hoch. Er ersucht die zuständigen Stellen bei den Ablöseverhandlungen darauf zu achten, daß das öffentliche Interesse vor dem Privatinteresse stehen müsse.

StR. Heller stellte fest, daß Bezirksvorsteher Köppl und Gemeinderat Dr. Bohmann immer wieder auf die Notwendigkeit der Weiterführung der Linie 16 bis nach Aspern hinweisen. Die geplante Schleife bei der Hartlebengasse sei jedoch nur eine provisorische. Nach Ansicht der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission sei es nicht zweckmäßig, Verkehrslinien für die Bevölkerung von Aspern und Essling in Hinblick über die Erzherzog Karl-Straße zu führen, sondern die Straßenbahn später einerseits in die verbauten Gebiete südlich der Erzherzog Karl-Straße zu führen und in einem anderen Straßenzug nach Aspern. Die Bevölkerung

Die Bevölkerung soll möglichst kurze Anmarschwege zu den öffentlichen Verkehrsmitteln haben. Deshalb der Beschluß, vorläufig bei der Hartlebengasse eine Umkehrschleife zu schaffen. Diese Umkehrschleife wird nach Ansicht der Planungskommission auch in Zukunft große Bedeutung haben, da nur ein geringer Teil der Bevölkerung weiter nach Aspern, Eßling und Groß-Enzersdorf fahren wird. Es wurde jedoch bereits errechnet, welche Mehrkosten der Ausbau der Linie 16 nach Aspern verursachen würde. Man schätzt diese mit ungefähr 14 Millionen Schilling. Die Gemeinderätliche Planungskommission und die Verkehrsbetriebe werden sich mit dem Projekt beschäftigen und vielleicht kommen sie zu dem Schluß, daß wir diese Mehrkosten auf uns nehmen sollen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die Stadtwerke-Bilanzen für 1961

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) erstattete sodann dem Gemeinderat einen Bericht über die Bilanzen der Wiener Stadtwerke und der Gewista für das Jahr 1961. Er gliederte seinen Bericht in vier Abschnitte, und zwar erstens: Gegenüberstellung der Erfolge laut Wirtschaftsplan und Rechnungsabschluß 1961; zweitens: produktions- bzw. leistungsmäßige Erfüllung der Voranschläge für die drei großen Monopolbetriebe; drittens: Hinweise auf die größeren Investitionen der Wiener Stadtwerke; und viertens: Bilanzvergleich zwischen 1960 und 1961.

Bei der Gegenüberstellung der Erfolge laut Wirtschaftsplan und Rechnungsabschluß 1961 verwies der Berichterstatter darauf, daß die verkauften Strom- und Gasmengen im Jahre 1961 die des Jahres 1960 überschritten, daß aber der Verkauf von Koks gegenüber 1960 stark zurückgegangen ist. Die erzielten Frequenzen der Verkehrsbetriebe liegen ebenfalls unter denen des Jahres 1960. Er stellt fest, daß die Vorausschätzungen für das Jahr 1961 laut Voranschlag zu optimistisch erstellt wurden, und daß diese Vorausschätzungen bei keinem der angeführten Kostenträger erreicht werden konnten. Der milde Winter 1961 wirkte sich bei der Strom- und Gasproduktion wesentlich aus.

Die Elektrizitätswerke veranschlagten für das Wirtschaftsjahr 1961 einen Gewinn von 15,2 Millionen Schilling, schlossen aber

um 1,6 Millionen ungünstiger ab. Die Gaswerke weisen in ihrem Voranschlag für 1961 einen Abgang von 5,6 Millionen Schilling aus, dem nunmehr ein tatsächlicher von 14,4 Millionen Schilling gegenübersteht. Somit ist der Abschluß um 8,8 Millionen Schilling ungünstiger als angenommen. Die Verkehrsbetriebe rechneten mit einem Abgang von 193,9 Millionen Schilling und weisen im Rechnungsabschluß nur mehr einen Abgang von 36,6 Millionen Schilling aus. Die Verkehrsbetriebe schlossen daher um 156,7 Millionen Schilling günstiger ab. Die Städtische Bestattung kalkulierte mit einem Überschuß von 190.000 Schilling und erzielte einen solchen von mehr als 524.000 Schilling. Sie bilanzierte demnach um 334.000 Schilling günstiger.

Die Wiener Stadtwerke rechneten für das Jahr 1961 mit einem Gesamtabgang von 183,5 Millionen Schilling, dem aber nun ein tatsächlicher Verlust von 36,9 Millionen Schilling gegenübersteht. Der Gesamtabgang ist demnach um 146,6 Millionen Schilling geringer als angenommen. Der Berichterstatter bezeichnete dies als eine sehr erfreuliche Tatsache. Die Gewista rechnete im Jahre 1961 mit einem Überschuß von 1,1 Millionen Schilling und erzielte einen solchen von 1,4 Millionen Schilling.

Die Entwicklung der Verlustziffern der Wiener Stadtwerke in den letzten fünf Jahren läßt eine stete Verbesserung des Rechnungsabschlusses erkennen. 1957 wurde ein Verlust von 424,2 Millionen Schilling ausgewiesen, 1961 dagegen nur von 36,9 Millionen Schilling. Die Verminderung des Verlustes des Jahres 1961 gegenüber 1960 beträgt 82,1 Millionen Schilling.

Der Berichterstatter beschäftigt sich dann mit den Abweichungen der Budgetziffern der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1961 und den ausgewiesenen Bilanzziffern und stellt fest, daß der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke mit 3.226 Millionen gegenüber dem Voranschlag mit 3.121 Millionen eine Steigerung um 105 Millionen Schilling erfahren hat, von denen der größte Teil auf den Personalaufwand entfällt. Bei den Erträgen hingegen ist eine Steigerung von insgesamt 251 Millionen Schilling zu verzeichnen. Unter den außerordentlichen Erträgen hebt er besonders den Zuschuß der Hoheitsverwaltung an die Verkehrsbetriebe

in Höhe von 100 Millionen Schilling hervor. Die maßgeblichsten Ertragssteigerungen sind bei den Verkehrsbetrieben infolge der Tarifregulierung vom März 1961 und bei der Bestattung zu verzeichnen. So stiegen die Erträge aus Personen- und Gepäckbeförderung um rund 107 Millionen Schilling, für Leistungen der Bestattung um 13,7 Millionen Schilling sowie bei den Nebenerlösen, aktivierten Eigenleistungen und sonstigen Erträgen um 175,9 Millionen Schilling, insgesamt also um rund 298 Millionen Schilling. Dagegen blieben die Erträge für Strom um 17,3 Millionen Schilling, für Gas um 23,1 Millionen Schilling, für Koks um 2,1 Millionen Schilling hinter den Ansätzen für 1961 zurück. Es stehen somit insgesamt 297,6 Millionen Schilling Mehrererträgen 45,9 Millionen Schilling ~~Mindererträge~~ gegenüber.

Beim Personalaufwand einschließlich Prämien für Versorgungsverpflichtungen und Zinsen für das Deckungskapital ist eine Steigerung von rund 100 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag eingetreten. Im einzelnen stieg der Aufwand für das Personal in den Elektrizitätswerken um 26,8 Millionen Schilling, bei den Gaswerken um 9,1 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben um 59,1 Millionen Schilling, bei der Bestattung um 2,1 Millionen Schilling und bei der Generaldirektion um 2,7 Millionen Schilling. Diese Steigerung des Personalaufwandes ist zum größten Teil auf die Gehalts- und Lohnregulierung vom März 1961 sowie auf die volle Auswirkung der ab 1. November 1960 vorgenommenen Erhöhung der Anfangsbezüge zurückzuführen.

Der Berichterstatter beschäftigte sich dann mit den Produktionszahlen der drei großen Unternehmungen. So wurden 1961 1.757 Millionen kWh verkauft, um 75,4 Millionen Kilowattstunden weniger als angenommen. Gegenüber dem Jahre 1960, in welchem 1.701 Millionen kWh abgegeben wurden, bedeutet dies aber eine Steigerung um 3,3 Prozent. Bei der Gaslieferung wurde im Voranschlag mit 580 Millionen Kubikmeter gerechnet, verkauft wurden aber nur 550 Millionen Kubikmeter. Dennoch verzeichnen die Gaswerke eine Produktionssteigerung von 13,2 Millionen Kubikmeter, das sind 2,3 Prozent. Beim Koksverkauf ergab sich gegenüber 1960 ein Rückgang im Absatz um 15 Prozent.

Bei den Verkehrsbetrieben wurden 475,6 Millionen Fahrgäste gezählt, gegenüber 511 Millionen, die im Voranschlag angenommen

worden waren. Somit ergibt sich ein Rückgang der Frequenz um nicht weniger als 33,4 Millionen Fahrgäste oder um 7,4 Prozent. Gegenüber dem Jahre 1960, in welchem 504,4 Millionen Fahrgäste befördert wurden, ist ein Rückgang um 28,8 Millionen oder um 5,7 Prozent zu verzeichnen. Dieser starke Frequenzrückgang ist zum Großteil auf die Einbeziehung der peripheren Autobuslinien in den Straßenbahntarif anlässlich der Tarifregulierung im März 1961 zurückzuführen.

An Subventionen wurden in den Wirtschaftsplänen der Wiener Stadtwerke für 1961 insgesamt 170 Millionen Schilling eingebaut, und zwar leisteten die Elektrizitätswerke 110 Millionen Schilling und die Gaswerke 60 Millionen Schilling an die Verkehrsbetriebe. Darüber hinaus leistete zum erstenmal die Hoheitsverwaltung einen Zuschuß von 100 Millionen Schilling als erste Rate an die Verkehrsbetriebe. Ohne Subvention und Zuschuß hätten die E-Werke mit einem Gewinn von 123,6 Millionen Schilling, die Gaswerke mit 45,6 Millionen Schilling und die Verkehrsbetriebe mit einem Verlust von 306,6 Millionen Schilling abgeschlossen.

Der Berichterstatter verweist dann auf die großen Investitionen der Wiener Stadtwerke. So wurden von den E-Werken 515 Millionen, von den Gaswerken 143 Millionen und von den Verkehrsbetrieben mehr als 398 Millionen Schilling investiert. Gegenüber den vorgesehenen 750 Millionen Schilling wurde somit um 311,5 Millionen Schilling mehr investiert. Stadtrat Schwaiger führt dann im einzelnen die im Berichtsjahr durchgeführten Aufbauarbeiten und Modernisierungen in den einzelnen städtischen Unternehmungen auf.

Ein Vergleich der Bilanzen der einzelnen Unternehmungen in den Jahren 1960 und 1961 ergibt folgendes Bild: die Bilanz der E-Werke schließt 1961 trotz der Subvention an die Verkehrsbetriebe von 110 Millionen mit einem Gewinn von 13,6 Millionen ab. 1960 betrug der Gewinn jedoch 34,3 Millionen.

Die Gaswerke subventionierten die Verkehrsbetriebe mit 60 Millionen und weisen einen Jahresverlust von 14,4 Millionen aus. 1960 war jedoch ein Gewinn von 28,4 Millionen zu verzeichnen. Der Verlust ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß durch einen sehr milden Winter weniger mit Gas geheizt wurde als angenommen war.

Die Bilanz der Verkehrsbetriebe weist einen Verlust von 36,6 Millionen Schilling auf. Im Jahre 1960 betrug das Defizit noch 182,2 Millionen. Zu diesem relativ günstigen Ergebnis hat die Tarifregulierung, hat der 100-Millionen-Zuschuß der Hoheitsverwaltung und haben die höheren Subventionen von E-Werk und Gaswerk beigetragen.

Die Bestattung weist für 1961 einen Überschuß von 524.000 Schilling gegenüber 506.000 im Jahr vorher auf.

Abschließend dankte Stadtrat Schwaiger dem Personal der Stadtwerke für seine Arbeit und stellte hierauf die formellen Anträge.

GR. Pater (FPÖ) bemängelt, daß der Verwaltungsbericht in einer geradezu luxuriösen Aufmachung erschienen ist. Das sei sicher nur eine Kleinigkeit, aber es steht im Widerspruch zu den allgemeinen Spartendenzen.

Zum Bericht selbst bringt der Redner verschiedene kritische Bemerkungen. Er bedauert, daß 600 Schaffner auf den erforderlichen Stand fehlen, er bemängelt die hohe Zahl der Pensionisten bei den Verkehrsbetrieben, daß von 62 Linien nur 21 mit Schienenbremsen ausgestattet waren, daß der Frequenzrückgang weiter anhalte u. a. Zum Schluß fordert er den Abbau der fremden Lasten für die Verkehrsbetriebe. Im übrigen gab er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Bilanzen.

GR. Haag (ÖVP) hob hervor, daß die Stadtwerke einen schönen Erfolg erzielen konnten, da gegenüber dem Präliminare eine echte Verbesserung um 148 Millionen eingetreten ist. Für 1962 kann mit einer ausgeglichenen Gebarung gerechnet werden. Allerdings werden in den Bilanzen die Verlustvorträge aus vergangenen Jahren mitgeschleppt, was immerhin 947 Millionen ausmacht. Die Stadtwerke kranken hauptsächlich daran, daß sie zu wenig Eigenkapital haben. Durch die Verluste ist das Stammkapital faktisch aufgezehrt. Investitionen müssen mit Fremdfinanzierung getätigt werden, wodurch wieder der Zinsendienst steigt und viel Kapital aufgezehrt wird.

Während Gas- und E-Werk durchaus aktive Unternehmungen sind, ist bei den Verkehrsbetrieben die Hauptsorge, daß die Schuldenlast verringert wird. Zu den Erfolgen des Jahres 1961 haben drei Fakten geführt: die Tarifregulierung, die Rationalisierung und der von der Hoheitsverwaltung gewährte Zuschuß von 100 Millionen.

Die Tarifierhöhung vom März 1961 hat 118 Millionen Mehreinnahmen erbracht. Die Rationalisierung, etwa die Verbesserung des Fuhrparks, insbesondere die personalsparenden neuen Typen, die Gelenkzüge und Großraumwagen, hat gleichfalls das ihre zur Senkung des Defizits beigetragen. Für die Fortführung des Schienenbremsenprogramms mußte allerdings - da der versprochene Kredit nicht gegeben wurde - ein privater Kredit aufgenommen und dafür sieben Prozent Zinsen gezahlt werden, was die Kapital-situation wieder verschlechtert hat. Der für drei Jahre vorge-sehene Zuschuß der Hoheitsverwaltung von 100 Millionen müsse unbedingt weiter gewährt werden. Dabei ist zu bedenken, daß die von den Wiener Stadtwerken gewährten Sozialtarife die höchsten in ganz Europa darstellen; nirgends in Europa gibt es Sozialtarife, die eine 50prozentige Ermäßigung darstellen. Wir bekennen uns zu dieser großen Ermäßigung, doch muß die Hoheitsverwaltung hierzu ihren Beitrag leisten. Auch der Bund gewährt Subventionen, und es ist nur recht und billig, wenn die Gemeinde Wien diese Ermäßigung für ihre Bürger trägt und sie nicht den Verkehrsbetrieben anlastet.

Das verbesserte Ergebnis des Jahres 1961, das gegenüber dem Voranschlag immerhin eine echte Verbesserung um ungefähr 148 Millionen darstellt, kann uns alle mit Freude erfüllen. Hierfür ist dem Stadtrat Schwaiger sowie den Beamten und Ange-stellten der Verkehrsbetriebe der Dank auszusprechen. Wir hoffen, daß auch 1961 das Ergebnis günstig sein wird und wir in einigen Jahren zu einer völligen Sanierung der Wiener Stadt-werke kommen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

In seinem Schlußwort rechtfertigte zunächst Stadtrat Schwaiger die gute Ausstattung des Berichtes, wobei er darauf **verwies**, daß es sich immerhin um ein Unternehmen mit vier Milliarden Jahresumsatz handelt und daß er auch in andere Städte versandt wird. Der Personalmangel, der eine Allgemeinerscheinung ist, ist hier vor allem auf den unregelmäßigen Dienst zurück-zuführen. Der hohe Pensionistenstand wiederum hat seine Ursache darin, daß gerade bei den Verkehrsbetrieben und vor allem beim Fahrpersonal der Dienst sehr gesundheitsschädlich ist und viele daher vorzeitig in Pension gehen, b.w. das Pensionierungsalter

überhaupt bei 60 Jahren liegt. Was die Schienenbremsen anlangt, war es allen Fachleuten klar, daß es in der gestellten kurzen Frist nicht möglich sein würde, sämtliche Wiener Straßenbahnwagen mit Schienenbremsen auszustatten. Die Verkehrsbetriebe sind aber daran, dieses Problem im nächsten Jahr endgültig aus der Welt zu schaffen, sodaß dann alle Waggon der Wiener Straßenbahn mit Schienenbremsen ausgestattet sein werden. Hinsichtlich der Überfüllung der Straßenbahnen zu den Verkehrsspitzen erklärte Schwaiger, daß die frequentiertesten Linien einfach nicht mehr in kürzeren Intervallen fahren können. Wir können nicht mehr Platz zur Verfügung stellen, weil die Gleise das nicht mehr aufnehmen können. Durch den immer stärker gewordenen Individualverkehr wurde der öffentliche Verkehr schwerstens gehandikapt. Es ist fast nicht mehr möglich, die entsprechenden Intervalle einzuhalten, und so kommt es zu den Geleitzugbildungen. Wir werden über diese Schwierigkeiten nur hinwegkommen, wenn wir uns beim öffentlichen Verkehr endgültig für die zweite Ebene entscheiden und diesen völlig vom Individualverkehr trennen. Das beste Beispiel bietet die Wiener Stadtbahn, die planmäßig verkehrt, weil sie keinerlei Behinderungen durch den öffentlichen Verkehr in Kauf nehmen muß. Die Techniker tun alles, um die Bremsgeräusche zu vermeiden. Wegen der starken Beanspruchung der Bremsen im innerstädtischen Verkehr treten immer wieder Störungen auf; aber sobald ein Wagen quietscht, werden die Bremsen behandelt.

Trotz der guten Ergebnisse in den Jahren 1961 und 1962 kann auf keinen Fall von einer Sanierung der Wiener Stadtbahn gesprochen werden. Die große Schwierigkeit besteht darin, wie die auf Grund der Verluste in den Vorjahren aufgetretene Schuldenlast abgebaut werden kann. Hierüber werden in nächster Zeit ernsthafte Verhandlungen in die Wege geleitet werden. Es ist auch richtig, daß vor allem die Ermäßigungen viel zu hoch sind. Die Verkehrsbetriebe werden langsam ein Wohlfahrtsunternehmen. In die Budgetpost „Spenden“ müßten 140 Millionen Schilling eingesetzt werden, denn das sind effektiv Geschenke der Wiener Verkehrsbetriebe an die Bevölkerung, die die Straßenbahn benützt. Es muß ein anderer Weg für die Bedeckung dieser Geschenke gefunden werden.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

./.

Ausbau des Wasserrohrnetzes

Stadtrat Koci (SPÖ) stellt sodann den Antrag auf nachträgliche Genehmigung der Verlegung eines Transportrohrstranges über die Reichsbrücke zur Überleitung der im Grundwasserwerk Lobau gewonnenen Wassermengen. Das Geschäftsstück wurde bereits am 16. Oktober vom Stadtsenat gemäß § 99 beschlossen, da man dadurch fünf Wochen für die Ausführung gewinnen konnte. Der Referent verweist darauf, daß der Gemeinderat bereits 1961 den gesamten Sachkredit in der Höhe von 170 Millionen Schilling für den Ausbau des Grundwasserwerkes Lobau und die dazugehörigen Transportleitungen genehmigt hat. Inzwischen hat sich die günstige Gelegenheit ergeben, den Rohrstrang im Tragwerk der Brücke zu verlegen.

GR. Peter (FPÖ) begrüßt den Antrag, nimmt jedoch in diesem Zusammenhang zur Wasserknappheit des heurigen Sommers und Herbstes Stellung. Er bezeichnet es als bedauerlich, daß der Bau zusätzlicher Wasserleitungen, insbesondere der 3. Hochquellenleitung, und auch der Bau des Grundwasserwerkes Lobau viel zu langsam vor sich gehen. Hier hätten alle Arbeiten rechtzeitig forciert werden müssen, dann wäre es nicht zu Sparmaßnahmen gekommen und zur Angst der Bevölkerung, daß das Wasser in den höher gelegenen Gebieten ausblieben könnte. In letzter Zeit habe man auch wiederholt davon gelesen, daß die Gefahr der Verschmutzung des Grundwassers in der Lobau groß sei. Der Redner bittet um Aufklärung, ob eine solche Gefahr wirklich besteht und wie sie abgewendet werden könne.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) verweist darauf, daß bekanntlich heute sehr lange Lieferfristen sind und die Bestellungen der Rohrleitungen hätten zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen müssen. Er kommt sodann auf die Gefahren zu sprechen, die der Wasserversorgung heute drohen. So könne allein ein Tankwagenunfall den Boden verseuchen und das Wasser verunreinigen. Es müßte auch untersucht werden, wie groß die Gefahren sind, die dem Grundwasserwerk Lobau durch den Ölhafen drohen.

./.

Trotzdem war die Lobau der letzte Platz, den man zur Errichtung eines Grundwasserwerkes zur Verfügung hatte, da dort gutes Trinkwasser vorhanden ist. Es müßten jedoch Vorkehrungen getroffen werden, die eine Wasserverunreinigung verhindern. Vielleicht könnten unsere Grundwasservorkommen durch Gräben, die man mit wasserundurchlässigen Schichten ausfüllen müßte, vor eventuell vom Ölhafen drohenden Gefahren geschützt werden. Öltanks bilden zwar heute kaum eine Gefahr, da sie mit neuen Methoden vollkommen dicht gemacht werden können, trotzdem dürfe man Vorsichtsmaßnahmen nicht außer Acht lassen.

StR. Koci stellt fest, daß die 3. Wasserleitung nicht erst seit zwei oder drei Jahren geplant ist. Studienkommissionen beschäftigen sich mit diesem Projekt schon mehr als zehn Jahre. Diese langen komplizierten Untersuchungen sind aber berechtigt, da so viele Interessen davon berührt werden. Dazu kommt, daß die 3. Wasserleitung aus dem Land Niederösterreich kommen soll und daher Verhandlungen notwendig sind. So hat der Niederösterreichische Naturschutzverband durch seinen Einspruch eine achtmonatige Verzögerung verursacht. Die heurigen Wassersparmaßnahmen ergaben sich aus der fünf Monate währenden Trockenperiode. Die Sorge, daß jedoch gerade in höher gelegenen Gebieten der Druck nachlassen könnte, sei unbegründet, da wir in Wien 25 Behälter und eine Reihe von Druckwerken haben, die das Wasser in die hoch gelegenen Gebiete hinaufpumpen. Gegenwärtig ist die Situation relativ günstig, doch besteht die große Gefahr, daß wir durch den Frosteinbruch und das Zurückgehen der Quellenschüttungen bis zum Frühjahr mit dem Vorrat des Behälters Steinfeld durchkommen müssen. Die Trockenheit und die damit verbundene Wassernot gab es aber heuer nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa. Wasserschwierigkeiten bei so langen Trockenperioden sind eben allgemein.

./.

Stadtrat Koci nimmt dann zu den aufgeworfenen Fragen des Grundwasserwerkes Lobau Stellung. Er erklärt, daß sich die Stadtverwaltung bereits mit allen Möglichkeiten einer Verunreinigung seitens des Ölhafens eingehend beschäftigte und in dieser Hinsicht alle Vorkehrungen auf weite Sicht erwogen hat. Baufachleute und Hygieniker sind seit langer Zeit dabei, durch besondere Maßnahmen die einwandfreie Qualität des Trinkwassers zu sichern. Er nimmt dann zu Zeitungsartikeln aus der letzten Zeit Stellung, die sich auf Mitteilungen berufen, die ihnen von Gemeinderat Strunz zugekommen sind. In diesem Artikel ist von einer "Ölverseuchung" des Grundwasserwerkes die Rede. Stadtrat Koci bemerkt hierzu, daß sich der zuständige Gemeinderatsausschuß, dem auch Gemeinderat DDR. Strunz angehört, mit dem Grundwasserwerk Lobau in der Sitzung am 12. November eingehend beschäftigt habe und daß in dieser Sitzung auch die in den Pressemeldungen aufgeworfenen Fragen besprochen und aufgeklärt wurden. Gemeinderat Strunz hätte den richtigen Sachverhalt erfahren können, wäre er dieser Sitzung nicht ferngeblieben. (Zum Schluß der Ausführungen des Berichterstatters kommt es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen dem Berichtstatter und der ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Sauna für das Liesinger Bad

GR. Mistinge (SPÖ) referiert dann den Antrag auf Erhöhung des Sachkredites für den Zubau einer Sauna im Bad Liesing. Er stellt hierzu fest, daß es sich hier um einen langgehegten Wunsch der Liesinger Bevölkerung handelt.

GR. Hauschka (ÖVP) nimmt Anstoß an der Höhe der Überschreitung der Baukosten um 75 Prozent und fragt, ob es notwendig sei, daß im Laufe von drei Monaten die Bausumme für diesen Zubau so beträchtlich überzogen werden mußte.

GR. Mistinge stellt in Schlußwort fest, daß auch er bereits im Bauausschuß deshalb Bedenken geäußert habe, fügt dem aber hinzu, daß es sich hier um keine Kostenüberschreitungen, sondern um eine Sachkrediterhöhung handle. Der Antrag wird dann vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Sanierung des Biberhaufens

GR. Pföch (SPÖ) referiert dann den Antrag über die Abänderung bzw. Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet des Biberhaufens, des Schierlinggrundes und Kleehäufels im 22. Bezirk. Er erinnert daran, daß 1928 diese Gebiete überwiegend zum Wald- und Wiesengürtel erklärt wurden. Auf dem 194 Hektar großen Gebiet wurden vor kurzem bei Erhebungen 915 Häuser gezählt, die ganzjährig bewohnt werden. Dank der unermüdlischen Tätigkeit von Stadtrat Heller, sagte er, wurden nun Maßnahmen getroffen, die eine echte Sanierung dieses Gebietes im Interesse der 3.000 Einwohner aussichtsreich erscheinen lassen.

GR. Hausner (KLS) begrüßt den Antrag und stellt fest, daß der Biberhaufen seit Jahren zur Diskussion im Gemeinderat gestanden ist. Mit dem heutigen Beschluß des Wiener Gemeinderates erhalten die mehr als 900 Familien, die ganzjährig in diesen Gebieten wohnen, endlich die Zusicherung, daß sie ihre Gärten weiter bearbeiten können. Darüber hinaus bedeutet die Umwidmung für viele Familien, die Grund haben möchten, die Möglichkeit, sich dort anzusiedeln. Somit, stellt er fest, wird der "dreißigjährige Krieg" der Bewohner dieser Gebiete gegen die Behörden beendet.

Im übrigen gab der Redner dem Antrag im Namen der KLS die Zustimmung.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) bezeichnete den Biberhaufen als einen neuralgischen Punkt des 22. Bezirkes. Die heutige Beschlußfassung wird von der Bevölkerung dieser Gegend sehnlichst erwartet. Wir sind uns der Problematik dieses Gebietes voll und ganz bewußt, sagte der Redner. Wir haben den Wald- und Wiesengürtel zu erhalten und können daher Konzessionen nur schweren Herzens machen. Die Untersuchungen waren daher sehr gründlich und umfassend. Zwei Drittel des fraglichen Gebietes wurden daher in Bauland umgewidmet, und damit aus dem Wald- und Wiesengürtel herausgenommen. Die Widmungsänderung betrifft mehr als 3.000 Menschen und bringt ihnen Sicherheit.

Der Referent, GR. Pföch, verwahrt sich in seinem Schlußwort gegen die Argumente des kommunistischen Debattenredners. Auch er betont, daß die Widmung dieses Gebietes auf Grund von eingehenden Forschungen erfolgte. Auch der künftige Ausbau der dritten Donau-
staustufe wurde in Rechnung gestellt.

Er hob hervor, daß mit diesem Beschluß unausgesprochen auch die **Sanierung** des Biberhaufens mitbeschlossen wurde, die Versorgung mit Strom, den Bau von Straßen, Schulen, und Kindergärten und allen übrigen kommunalen Einrichtungen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Fernsehüberwachung auch für Ringturmkreuzung

Über die Erweiterung der Verkehrslichtsignalgruppe "Ringturm" sowie die Errichtung einer Fernsehüberwachung und Einführung der gesamten Bedienungseinrichtung in die Fernsehzentrale in der Roßauer Kaserne mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 1,250.000 Schilling berichtete Stadtrat Lakowitsch (ÖVP). Wie er ausführte, wird es möglich sein, die Zahl der in den einzelnen Richtungen fahrenden Fahrzeuge zu zählen, sie in die Zentrale in der Roßauer Kaserne zu signalisieren und dort dann das entsprechende Schaltprogramm einzustellen.

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) führte aus, daß die Belastung der Stadt durch den modernen Verkehr immer wieder neue Maßnahmen erfordert. So wurden ungefähr 200 Lichtsignalanlagen installiert, die das ihre dazu beitragen, den Verkehr flüssiger zu gestalten. Ebenso wie beim Straßenbau geht es hier um die Frage der Koordinierung; von der handgeregelten Kreuzung mit Lichtsignalanlage kommen wir zur automatisch geregelten Kreuzung, und die Koordinierung mehrerer Kreuzungen erfordert dann schließlich den Einsatz von zentralen Überwachungsanlagen. Auch mit Hilfe eines Elektronengehirns wäre es möglich, die einzelnen Wellen, die einzelnen Schaltprogramme aufeinander abzustimmen. Wir sind überzeugt, daß die vorgesehenen technischen Regelungen das ihre dazu beitragen werden, die Verkehrssituation in dieser Stadt zu entspannen.

Nach einem Schlußwort von Stadtrat Lakowitsch wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Schließlich wurde noch nach Berichten der GR. Frieda Nödl (SPÖ) und Ing. Hauschka (ÖVP) die Errichtung einer achtklassigen Schule in Wien 21, Coulombgasse 9, einstimmig genehmigt.

Vorsitzende Potetz (SPÖ) schloß die Sitzung kurz nach 16 Uhr.